



Mittwoch, 14. Dezember 1977

Blatt 3171

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal: Budgetdebatte 1978: Bauten, Wohnen und Inneres und Bürger-
(rosa) service

Lokal: Preisträger der Dr. Karl Renner-Stiftung
(orange) Skibetrieb auf der Hohen Wand-Wiese
Hansl Schmid und sein Wiener Kaffeehaus feierten Jubiläum
Die Wiener sind gastfreundlich
Verkehrsbeschränkung auf der Nikolai-Hochstraße

Wirtschaft: Dittrich: Österreichische Firmen berücksichtigen
(blau)

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So.
12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

L o k a l :

=====

waldheim, czernetz und popper - preistraeger
der dr. karl renner-stiftung

1 wien, 14.12. (rk) der generalsekretar der uno, dr. kurt
w a l d h e i m , der praesident der parlamentarischen versammlung
des europarats, prof. k a r l c z e r n e t z , und univ.-prof. dr.
k a r l r a i m u n d p o p p e r , wurden aufgrund eines einstimmig ge-
fassten beschlusses des von ihm eingesetzten kuratoriums von buerger-
meister leopold g r a t z zu preistraegern aus der dr. karl renner-
stiftung der stadt wien 1977 bestimmt. die feierliche preisverlei-
hung wird in den ersten monaten 1978 stattfinden. fuer die preise aus
der dr. karl renner-stiftung stehen 600.000 schilling zur verfuegung.

die dr. karl renner-stiftung wurde vom wiener gemeinderat am
14. dezember 1950 zum 80. geburtstag von dr. karl renner eingerich-
tet. die diesjaehrige preisverleihung ist die zwanzigste. seit 1971
werden die preise aus der dr. karl renner-stiftung alle drei jahre
vergeben. (may)

0845

14. dezember 1977

''rathaus-korrespondenz''

blatt 3173

k o m m u n a l :

=====

gemeinderat (1):

bautendebatte

2 wien, 14.12. (rk) am dritten tag der budgetdebatte im wiener gemeinderat wurde zunaechst das kapitel b a u t e n behandelt. gr. dr. h i r n s c h a l l (fpoe) sagte, in der rathaus-korrespondenz vom september dieses jahres wurde der spatentwurf fuer die neue reichsbruecke noch fuer oktober 1977 angekuendigt. die nun fuer diese woche vorgesehene vergabe der bauarbeiten ist aeusserst unbefriedigend, da heuer auf jeden fall nichts mehr geschieht, und der spatentwurf wahrscheinlich erst im fruehjahr erfolgen wird. ob nach dieser bauverzoegerung von einem halben jahr der ebenfalls in der rathaus-korrespondenz angekuendigte fertigstellungstermin herbst 1980 noch eingehalten werden kann, muesste raschest beantwortet werden. was waren die gruende fuer die mysterioese verschiebung des spatentwurfs?

hirnschall kritisierte im weiteren die viel zu geringe dotierung der hochwasserschutzarbeiten am rechten donauufer. man kann nur beten, dass in den naechsten sieben jahren kein hochwasser kommt, erklarte hirnschall. er stellte den antrag, die mittel fuer die rechte hochwasserschutzkante um 100 millionen aufzustocken. die bedeckung dieser gelder koennte aus den landes- und gemeindeabgaben erfolgen, die nach ansicht der fpoe zu niedrig budgetiert sind. (sei) (forts)
0955

gemeinderat (2):

bautendebatte (forts)

3 wien, 14.12. (rk) gr. h o f f m a n n (oepv) erklarte, seine partei sei keineswegs ein feind des kommunalen wohnbaus. es sei aber festzustellen, dass die mittel fuer wohnbauten staendig sinken. und es sei bedenklich, dass besonders junge leute und leute mit hoeheren einkommen abwandern, wenn man ihnen keine geeigneten wohnmoeglichkeiten bietet. dies sei aber von betraechtlichem einfluss auf den finanzausgleich. von den vorgesehenen wohnbaumitteln

seien mehr als 50 prozent fuer projekte ausserhalb des guertels vorgesehen, wodruch sich die notwendigkeit zur schaffung neuer verkehrswege ergebe, woraus wieder eine verschlechterung des budgetsaldos resultiere. durch die zerdehnung der stadt nach norden werde das strassennetz ueberdehnt, den erforderungen des strassenbaues werde aber nicht rechnung getragen. weil zu wenig fuer den ausbau der strassen getan werde, belaste der individualverkehr das bestehende strassennetz noch mehr, behindere den massenverkehr, verursache laengere fahrzeit und verkuerze damit die freizeit.

mit allen wiener fussgaengerzonen ausser der meidlinger hauptstrasse sei die oevp einverstanden. fachleute haetten davon abgeraten, und es geben dort schon betraechtliche einnahmen- und steuer- ausfaelle.

je laenger mit dem verbesserten hochwasserschutz zugewartet werde, desto teurer werde seine realisierung werden. der budgetrahmen fuer diesen ansatz muesste nach meinung der oevp um eine milliarde erhoehrt werden. das vom strombauamt vorgeschlagene projekt koennte laengst fertig sein. fuer die rechte hochwasserkante seien nur 3,6 millionen vorgesehen, die oevp verlangt dafuer 60 millionen.

gr. hoffmann setzte sich dann mit den wiener bruecken auseinander. unter anderem stellte er fest, dass von den geplanten ausgaben in der hoehe von 527 millionen schilling nach abzug der baukosten fuer die floridsdorfer bruecke nur 117 millionen blieben gegenueber einem ansatz von 149 millionen im vorjahr. auch fuer die brueckenrevisionen wuerden stets sinkende mittel aufgebracht. ausserdem habe das bautenministerium noch immer keine vorschriften fuer die hauptrevisionen erlassen.

die oevp werde dem budgetkapitel "bauten" nicht zustimmen.

(and) (forts)

1032

gemeinderat (3):

bautendebatte (forts)

6 wien, 14.12. (rk) er freue sich, dass es in wien soviele plakate mit dem bild von dr. busek gebe, im gemeinderat sei er naemlich nur sehr selten anwesend, erklarte gr. h o l u b (spoe). der vorsitzende, buergermeister leopold g r a t z , stellte dazu fest, dass

er stadtrat dr. b u s e k zu beginn der sitzung wegen krankheit entschuldigt habe. holub stellte fest, dass fuer die sozialisten die vollbeschaeftigungspolitik und die gesamte sicherheit in der stadt im vordergrund stehe. im budget 1978 seien die mittel zur ankurbelung der wirtschaft, fuer den bruecken- und wasserbau erhoehrt. holub wuerdigte die rasche fertigstellung der strassenbahnersatzbruecke ueber die donau nach dem einsturz der reichsbruecke, die auch international hoechste anerkennung gefunden habe. die neuen vorschriften fuer die ueberpruefung von bruecken basieren auf den richtlinien des bundesministeriums fuer bauten und technik, sind aber fuer wien noch schaeerfer gefasst. die neue reichsbruecke koenne bis 1981 fertiggestellt werden. nach der sperre der erbsenbachbruecke in ober-sievering aus sicherheitsgruenden konnte innerhalb von sechs tagen durch eine halbseitige poelzung eine provisorische loesung erzielt werden, wenige monate spaeter konnte die neue bruecke eroeffnet werden. die generalsanierung der schwedenbruecke wurde bereits durchgefuehrt, die umgebaute kagranner bruecke dem verkehr uebergeben. durch die unbuerokratische vorgangswise beim neubau der floridsdorfer bruecke wird diese im oktober 1978 dem verkehr uebergeben werden koennen. die arbeit am absoluten hochwasserschutz, an der neuen donau und an der donauinsel werde planmaessig fortgesetzt. mit der einsetzung einer internationalen jury wurde eine voellig neue vorgangswise gewaehlt. bei der gestaltung der insel wurden empfehlungen der jury bereits realisiert. das einlaufbauwerk langenzersdorf ist praktisch fertiggestellt. (ger)

als debattenredner meldete sich buergermeister g r a t z zu wort, um als ergaenzung zu buseks erkrankung in erinnerung zu bringen, dass bei der budgetdebatte 1973, als er, gratz, wegen grippe fern bleiben musste, ein oevp-redner behauptete, der buergermeister sei aus angst vor der opposition ferngeblieben.

ueber die umleitungen und aufgrabungen in den strassen wiens sprach gr. k r e i n e r (oevp). die bisher vom buergermeister versprochenen massnahmen zur koordinierung der aufgrabungen seien bis jetzt immer noch nicht erfolgt. buergermeister leopold gratz habe zwar jede aufgrabung als wichtig bezeichnet, die die bevoelkerung stoert - und das sind praktisch alle - eine verbesserung sei bis jetzt aber nicht eingetreten. den computer koenne man dazu als

"blechtrotteln" nicht verantwortlich machen. auch auf die firmen koenne man sich nicht ausreden, da diese sehr wohl von den magistratsabteilungen ueberprueft wuerden. vermeidbare behinderungen durch umleitungen sind nach wie vor vorhanden, nur die koordinierung gaebe es immer noch nicht. die planlosigkeit bei den strassen-aufgrabungen veraergere einerseits alle verkehrsteilnehmer und koste andererseits unnoetig energie.

ein detail am rande: im budgetvoranschlag seien nur 30 millionen fuer die behebung von frostschaeden vorgesehen, obwohl die spoe aus erfahrung bereits wissen muesste, dass die behebung von frostschaeden mehr kostet - im vorjahr seien dafuer bereits 45,5 millionen ausgegeben worden. dies sei ein weiterer beweis fuer die budgetkosmetik der spoe. (ba) (forts)

1126

gemeinderat (4):

bautendebatte (forts)

7 wien, 14.12. (rk) wenn die oevp neuerdings mit dem slogan "wohnen ist mehr als nur vier waende und ein dach ueber dem kopf" agitiert, so haben die sozialisten das nicht nur viel frueher gesagt, sondern auch darnach gehandelt, erklarte gr. dipl.vw. karoline pluskal (spoe). sie haben 1923 das 1. wiener wohnbauprogramm beschlossen, nachdem vorher dreiviertel aller wohnungen in wien als bassenwohnungen als gewinnbringende kapitalanlage erbaut worden waren, in denen aergster ueberbelag herrschte und damit im zusammenhang krankheit und sterblichkeit am hoechsten waren. der kommunale wohnbau der ersten republik mit 65.000 wohnungen machte den unterschied in der auffassung sehr deutlich: die wohnungen wurden gut mit sanitaereinrichtungen ausgestattet, mit gruenen hoeften, zentralwaschkuechen, baedern, kindergaerten, horten etc. wurden mustergueltige gemeinschaftseinrichtungen geschaffen. erst die februar-erreignisse 1934 machten diesem wohnbau ein ende, der vom anfang an diffamiert wurde: als "auf sand erbaute kartenhaeu-

./.

ser" bis zur "festung fuer die revolution". ueber den karl-marx-hof wurden einsturzgeruechte verbreitet, die oevp-taktik der verunsicherung ist also nicht einmal neu. sieben obdachlosen-asyle waren nach 1934 die einzige wohnbauleistung. 88.000 wohnungen wurden im krieg zerstoert. seit dem wiederaufbau wurden von der gemeinde 130.000 neue wohnungen errichtet, weitere 130.000 bauten gemeinnuetzige bautraeger mit wiener foerderung. damit wurde die aergste wohnungsnot beseitigt, und wenn man heute noch von "emmentalern" spricht, wird damit nur versucht, diese leistung herabzusetzen.

in der ausstattung der wohnung ist inzwischen eine deutliche veraenderung eingetreten. nach mikrozensus-erhebungen hat sich von 1975 auf 1976 die zahl der typen mit zentralheizung von 140.000 auf 164.000 erhoehrt. die zahl der wohnungen mit bad stieg von 298.000 auf 304.000. gleichzeitig ist die zahl der schlecht ausgestatteten wohnungen auf 175.000 gesunken. seither hat sich diese zahl dank der wohnungsverbesserung noch verringert. es ist also nicht wahr, wenn die oevp behauptet, dass die haelfte aller 730.000 wiener wohnungen einen schlechten standard haben.

in den letzten jahren verbesserten sich auch die wohnungsgroessen: vom durchschnittlich 75 quadratmeter im jahre 1973 auf 80 quadratmeter derzeit. zusaetzlich werden freizeiteinrichtungen den wohnhaeusern zugeordnet, hobbyraeume, dachterrassen, kinderspielplaetze etc. gegen strassenlaerm werden schutzmassnahmen getroffen - anordnung der schlafraeume zu den ruhezonen, errichtung von laerm-schutzwaelen und so weiter.

nach der leistungsbilanz der ma 24 werden von den derzeit im bau befindlichen 8.000 gemeindewohnungen im naechsten jahr 4.500 fertig werden. mit dem bau von 2.000 wohnungen wird 1978 begonnen werden. die wirtschaftspolitische bedeutung dieser wohnbautaetigkeit geht schon daraus hervor, dass pro arbeitstag auf den baustellen rund 3.000 beschaeftigte arbeiten.

fuer die weiterfuehrung des wohnbaues und fuer den Neubeginn 1978 sind 2.940 millionen vorgesehen, das sind um 410 millionen mehr als heuer. nach dem oevp-kommunalprogramm, in dem nichts ueber den kommunal-wohnbau zu finden ist, haetten die 22.000 beim wohnungsamt

vorgemerkten wiener familien keine chance, zu einer wohnung zu kommen. um den bestehenden und kommenden wohnungsbedarf, insbesondere der jungen menschen, decken zu koennen, sind nach wie vor grosse anlagen erforderlich, wie sie derzeit am schoepfwerk oder in der aderklaaer strasse im bau sind. gleichzeitig werden 1978 zahlreiche kleinere bauten im sinne der stadterneuerung in den dichtverbauten bezirken 4, 7, 13, 15 und 17 verwirklicht werden, wobei das projekt "wohnen morgen" in fuenfhaus von besonderer bedeutung ist. dort und auch in anderen anlagen, wie etwa in der neilreichgasse, wird dem sozialen grunddenken vom "menschlichen bauen" entsprochen, besondere wohnungen fuer behinderte und alte werden gebaut. es konnten insgesamt bereits 80 behindertenwohnungen uebergeben werden, 88 sind derzeit im bau. im projekt neilreichgasse wird den behinderten ein rampensystem die leichte erreichbarkeit aller gemeinschaftseinrichtungen ermoeeglichen. das kommt auch den muettern mit kinderwagen zugute. ebenso wird beim wohnbau auf die entlastung der berufstaetigen frau im haushalt wert gelegt, integrierte kuechen tragen dazu bei, dass die hausfrau aus ihrem "aschenbroedeldasein" in der einst dunklen kueche der bassenawohnung, erloest wurde. (smo)

(forts)

1206

gemeinderat (5):

bautendebatte (forts)

8 wien, 14.12. (rk) was nicht legitim ist, kann auch der gemeinde nicht zustehen, erklaerte gr. dkfm. dr. e b e r t (oevp). die siedlung am schoepfwerk wurde bereits zu bauen begonnen, ohne die genehmigung durch den stadtsenat abzuwarten. auch einige private uebten diese praxis. nun soll durch eine politische loesung diese praxis im nachhinein sanktioniert werden.

bei grossbauten werden mehr maschinen eingesetzt als bei kleinsbauten. aus gruenden der arbeitsplatzsicherung sollte daher verstaerkt in den kerngebieten der stadt gebaut werden. dort zu bauen, kommt insgesamt auch billiger, da bereits eine gute infrastruktur besteht. ein weiterer vorteil ist, dass die alten menschen, die vorwiegend in den kerngebieten wohnen, nicht von ihren kindern und enkeln getrennt werden.

./.

im heurigen jahr wurden die gemeinnuetzigen wohnbaugenossenschaften und damit der genossenschafts- und eigentumsbau besonders schlecht behandelt. obwohl die genossenschaften genuegend baugrunde haben, um sofort mit 12.000 neuen wohnungen zu beginnen, koennen sie das nicht tun, weil sie auf das geld aus der wohnbaufoerderung warten muessen. es droht die entlassung von hunderten in den wohnbaugenossenschaften taetigen menschen. wenn es nicht moeglich ist, in wien eigentum zu erwerben, werden viele wiener nach niederoesterreich und burgenland ausweichen. geld, das der wiener wirtschaft zugute kommen koennte, geht verloren, und kaufkraft fliesst ab. buergermeister gratz versprach, in kurzer zeit 1.000 siedlungshaeuser zu errichten. die tatsaechliche leistung blieb weit hinter den versprechungen zurueck.

ein grosser teil der gelder fuer die Neubauten muss heute fuer die subjektfoerderung, die alle bejahen, aufgewendet werden. die oevp schlug rechtzeitig weitere finanzierungsmethoden, wie zum beispiel anleihen vor. dies wurde von der spoe immer in ueberheblicher manier abgelehnt. (sei) (forts)

1210

gemeinderat (6):

bautendebatte (forts)

11 wien, 14.12. (rk) gr. b u s t a (spoe) berichtete unter anderem ueber die leistungen der strassenbauabteilung. es seien zahlreiche fussgaengerzonen fertiggestellt worden oder in arbeit, vier spielstrassen wuerden im kommenden jahr eingerichtet.

in buergerversammlungen habe er festgestellt, dass die menschen durch aufgrabungen zwar belaestigt wuerden. kennen sie aber die ursachen, zeigen sie auch verstaendnis.

auf dem guertel beeintraechtige die laermbelaestigung die nachtruhe der bevoelkerung wesentlich. er habe jedoch feststellen muessen, dass keine forschungen unternommen wurden, um die strassen leiser zu machen. auch aus dem ausland liegen keine erfahrungen vor. um eine erleichterung an den am meisten belasteten strassen zu erreichen, muessten mit einem aufwand von drei milliarden schalldaemmende fenster eingebaut werden. kopfsteinplaster durch asphaltbelag zu ersetzen, verringere die laermbelaestigung um 6 bis 8 dezibel. (and) (forts)

1219

gemeinderat (7):

bautendebatte (schluss)

13 wien, 14.12. (rk) alle an einem bau beteiligten geben ihr bestes, dennoch koenne es zu solchen fehleren kommen wie beim weststadion, erklarte stadtrat boeck (spoe). notwendig sei nun die klaerung der verschuldensfrage sowie dafuer Sorge zu tragen, dass es in zukunft nicht mehr zu solchen fehleren kommen kann. ein urteil sei vor dem vorliegen des gutachtens der unabhaengigen expertenkommission nicht moeglich. die expertenkommission hat zugesichert, dass das endgueltige gutachten bis spaetestens mitte jaenner vorliegt. eine feststellung wurde jedoch bereits getroffen: die ueber das weststadion verhaengte sperre war berechtigt.

boeck wies mit aller entschiedenheit den verdacht zurueck, dass mit der sperre der floridsdorfer bruecke bewusst bis zur fertigstellung der reichsbruecken-ersatzbruecke gewartet worden sei, und dass man nunmehr mit einer sperre der erdbergbruecke bis zur fertigstellung der floridsdorfer bruecke zuwarte. obwohl es an der erdbergbruecke schaeden gebe, bestehe kein anlass zur sorge. an der sanierung dieser bruecke werde seit monaten gearbeitet. boeck informierte den gemeinderat ueber eine wahrscheinlich durch einen zu hohen lastkraftwagen verursachte beschaedigung der nikolaibruecke im zuge der hadikgasse, deren behebung in den naechsten tagen voraussichtlich verkehrsbeschraenkungen notwendig machen wird.

die bauzeit fuer die landstrasser guertelbruecke betrage nicht 2 1/2 jahre, sondern maximal 18 monate. es gebe in diesem zusammenhang auch keine finanziellen probleme. mit den bauarbeiten werde nach den bevorstehenden feiertagen begonnen.

die philadelphiabruecke werde 1978 fertiggestellt, die anschluss-stuecke breitenfurter strasse und eichenstrasse koennten unter umstaenden etwas spaeter fertig werden, der durchzugsverkehr werde jedoch gegeben sein. mit den bauarbeiten wurde bereits begonnen.

beim baubeginn fuer die reichsbruecke ergaben sich verzoegerungen durch notwendige umplanungen sowie durch die gefahr, dass baumaterial - stahl - aus dem ausland eingefuehrt werden koennte. nun

./.

wurde gesichert, dass das baumaterial aus oesterreich kommt. als bauzeit sind 38 bis 40 monate vorgesehen. da muesste es moeglich sein, die drei bis vier monate verzoegerung aufzuholen. dass ein rascher bau moeglich ist, beweise der bau der floridsdorfer bruecke.

mit noch so viel geld sei es nicht moeglich, den hochwasser-schutz nur am rechten ufer zu sichern. parallel dazu muessen die arbeiten am linken ufer vorangetrieben werden.

im wohnbau seien neben kleineren stadterneuerungsvorhaben auch grossflaechige bauten in den aeusseren bezirken notwendig. nach wie vor gebe es 20.000 wohnungssuchende, denen geholfen werden muss. mit stadterneuerung allein sei das nicht moeglich.

im oktober werden floridsdorfer bruecke, floridsdorfer hauptstrasse und engelsplatz fertig. die zweite fahrbahn der st. marxer hochstrasse werde noch vor weihnachten freigegeben werden. die gesamte autobahnverbindung von der suedautobahn in den norden wiens wird mitte 1978 zur verfuegung stehen. boeck kuendigte an, im mai oder juni 1978 einen umfassenden brueckenbericht vorzulegen. (ger)

(forts)

1358

L o k a l :

=====

skibetrieb auf der hohen wand-wiese
auch schnee aus zehn "kanonen" fuer die wiener skifahrer

5 wien, 14.12. (rk) infolge der guenstigen witterung kann morgen donnerstag der skibetrieb auf der hohen wand-wiese in huetteldorf aufgenommen werden. auch wenn der wettergott nicht mitspielt, die zehn "schnee-kanonen" produzieren rund um die uhr feinsten pulver-schnee. es dauert etwa eine woche, bis die schneekanonen eine entsprechende schneemenge erzeugen, damit es eine gut praeparierte piste gibt. voraussetzung fuer die schneeerzeugung - wenn kein schnee vom himmel faellt - ist eine temperatur von vier minusgraden.

der 400 meter lange schleplift - er ist ab 9.30 uhr in betrieb - mit einem hoehenunterschied von mehr als hundert metern transportiert 700 personen pro stunde. eine moderne flutlichtanlage ermoeeglicht einen abendbetrieb bis 22 uhr. fuer erwachsene kostet eine fahrt fuef schilling, ein "zehnerblock" 40 schilling. kinder zahlen fuer die einzelkarte zwei schilling, fuer den "zehnerblock" 15 schilling. (red)

1103

hanzl schmid und sein wiener kaffeehaus feierten jubilaem

9 wien, 14.12. (rk) zu einer festakademie anlaesslich des 80. geburtstages von hanzl s c h m i d sowie des 25jaehrigen bestehens seines alt-wiener-kaffeehauses lud dieser tage bezirksvorsteher dkfm. hans h e m m e l m a y e r in die bezirksvorstehung ein.

prominente interpreten des wiener liedes, wie heinz h o l e c e k , norbert p a w l i z k i , das duo c z a p e k und viele andere kuenstler fanden sich als gratulant ein. (ka)

1211

w i r t s c h a f t :

=====

dittrich: oesterreichische firmen beruecksichtigen

4 wien, 14.12. (rk) wiens handelskammerpraesident ing. karl d i t t r i c h richtete diensttag abend in einem pressegespraech an bund, laender, gemeinden, interessensvertretungen und sozialversicherungstraeger den dringenden appell, speziell bei grossbauten oesterreichische firmen zu beruecksichtigen. nach dittrich ist es mode geworden, auslaendische planer und konsulenten heranzuziehen, die im verlaufe der bauarbeiten eher auf auslaendische waren zurueckgreifen als auf inlaendische. kauft oesterreichische qualitaetswaren, schloss dittrich seinen appell.

nach ansicht der wiener handelskammer konnte die wiener industrie in den letzten jahren ihr wachstumspotential nicht voll ausnuetzen. waehrend die oesterreichische industrie zwischen 1964 und 1974 ein durchschnittliches wachstum von jaehrlich 6,2 prozent aufweist, kamen die wiener industriebetriebe nur auf ein plus von 3,5 prozent. diese entwicklung widerspricht deutlich der struktur der wiener industrie. in wien sind wachstumsbranchen - so vor allem die elektro-, gummi- und kunststoffwarenindustrie - ueberproportional vertreten. insgesamt kann die wiener industriestruktur als ausgewogen bezeichnet werden. aus diesem grunde haette die wiener industrie einen deutlich hoeheren zuwachs erzielen muessen. ursachen fuer dieses zurueckbleiben sind nach ansicht der wiener handelskammer das sehr knappe angebot von fachkraeften und die geringen raeumlichen expansionsmoeglichkeiten. die wiener industrie leidet an einem mangel an fachkraeften. in diesem zusammenhang spricht sich die wiener handelskammer fuer eine verstaerkte zuwanderung von inlaendischen fachkraeften nach wien aus. da viele wiener betriebe ihren standort mitten im stark verbauten gebiet haben, sind sie in ihrer expansionsmoeglichkeit gehemmt. stadterneuerung muesse daher, so dittrich, nicht nur die wohnbeduerfnisse umfassen, sondern auch auf die spezifischen probleme der betriebe ruecksicht nehmen. zu begruessen ist die aufstockung der fuer die aufschliessung von betriebsbaugebieten bereitgestellten gelder im finanz- und investitionsplan der stadt wien. (sei)

k o m m u n a l :

=====

gemeinderat (8):

wohnen-debatte

14 wien, 14.12. (rk) mit der feststellung, dass fuer den wohnbau in wien genuegend geeignete grundstuecke vorhanden seien, eroeffnete gr. k r e n n (fpoe) die debatte zur geschaeftsgruppe wohnen. die vorgesehenen mittel fuer den grundankauf seien von 470 millionen um 50 millionen zurueckgegangen, der ansatz fuer den grundverkauf um genau 50 millionen angehoben worden. die zahl der wohnungssuchenden liege seit jahren etwas ueber 20.000 und sei 1977 auf 21.763 gestiegen. mit sinkender eigenwohnbauleistung der gemeinde - 1978 sollen es nur noch 2.000 wohnungen sein - wird die zahl der vorgemerkten wohnungssuchenden weiter zunehmen. bemerkenswert am rande sei, dass unter den 5.156 wohnungszuweisungen im vorjahr nur vier aertzewohnungen waren.

eine gewisse entlastung habe die wohnungsverbesserung mit sich gebracht, denn ohne diese foerderungsaktion waere die zahl der wohnungssuchenden, wie gr. krenn annahm, noch groesser. 1978 werden foerderungsmittel fuer 9.000 wohnungseinheiten bereit gestellt, fuer den ausbau von dachboeden sind 20 millionen vorgesehen.

bei den substandardwohnungen ohne wc und wasser liege wien gleich mit dem burgenland an vorderster stelle des oesterreichischen durchschnitts. wohnungen von ueber 90 quadratmeter groesse seien kostenmaessig fuer die bevoelkerung fast nicht mehr tragbar.

als positiv erwaehte krenn die althausanierung, insbesondere die revitalisierungsmassnahmen rund um das amerlinghaus am spittelberg. es sollte jedoch geprueft werden, ob der abbruch beziehungsweise der neubau derartiger haeuser nicht billiger komme.

das versprechen zum wiener siedlungsprogramm habe bei zahlreichen wienern unerfuellbare hoffnungen erweckt. die ankuendigung, jaehrlich tausend einfamilienhaeuser zu errichten, habe sich als zeitungssente erwiesen. tatsache ist, dass lediglich die erforderlichen flaechen fuer 400 einfamilienhaeuser bereitgestellt sind.

./.

der bau von 188 einfamilien- und reihenhaeusern in der carabelligasse soll von der gesiba demnaechst begonnen werden, die "neuland" hat kuerzlich 198 ein- und zweifamilienhaeuser in angriff genommen.

unzureichend sei die gruenflaechenversorgung in den dicht verbauten stadtgebieten von wien. krenn stellte den a n t r a g , 50 millionen fuer den ankauf geeigneter gruenflaechen im budget 1978 bereitzustellen. (ba) (forts)

1402

gemeinderat (9):

wohnen-debatte (forts)

15 wien, 14.12. (rk) mit der notwendigkeit und den moeglichkeiten der althausanierung setzte sich gr. dr. m a c h e r (oevp) auseinander. der wiederbeschaffungswert der rund 580.000 bis 1945 erbauten wohnungen wuerde 161 milliarden ausmachen. es muessten also im rahmen eines zehnjahresplans jaehrlich mehr als 16 milliarden aufgewendet werden. daher draengt sich der gedanke einer grosszuegigen generalsanierung der althaeuser von selbst auf. nach einer gruendlichen forschungsstudie wuerde die althausanierung in wien 70,5 milliarden kosten. man sollte dies als diskussionsgrundlage benuetzen. bisher bekennt man sich zwar zur stadterneuerung, betreibt aber noch in weiten bereichen stadterweiterungen wie etwa am schoepfwerk, weshalb die oevp auch gegen dieses vorhaben gestimmt hat. im gegensatz zur waschmittelreklame wird nach dem grundsatz gebaut "gruen raus, grau rein". das betrifft zum beispiel die auflassung von kleingaerten, die mit sozialen tragoedien verbunden sind. wie wenig der gedanke der stadterneuerung beachtet wird, beweist auch die vorgesehene pachtzinserhoehung fuer kleingaerten, waehrend etwa graz die kleingartenbewegung finanziell unterstuetzt.

die stadterneuerung beziehungsweise althausanierung ist vor allem auch ein soziales problem. vor allem rentner und pensionisten wohnen in den altwohnungen, die oft bei sanierungen mittels paragraph-7-mietengesetz ausserordentliche mietzinserhoehungen bekommen. das bei derartigen erhoehungen ueber 11 bis 12 schilling die wirtschaftliche abbruchreife erklaert wird, verlieren gerade die

alten leute oft die wohnung - und damit, selbst wenn sie eine ersatzwohnung erhalten, die wohnumgebung. etwas zeitverschoben zum privaten hausbesitz, hat auch die gemeinde wien begonnen, den paragraph 7 anzuwenden. in zukunft ist zu befuerchten, dass auch alte gemeindemieter wegen wirtschaftlicher abbruchreife die wohnung verlieren.

alles in allem zeigen sich die auswirkungen einer verfehlten wohnungspolitik. durch quantitative wohnungsvermehrung konnte der qualitative fehlbestand nicht ueberdeckt werden.

wenn man nun vom forschungsergebnis ausgeht, dass die wiener althausanierung 70 milliarden kostet und wenn man dafuer einen zehnjahresplan aufstellt, muesste man jaehrlich 7 milliarden aufwenden. kann man so viel auftreiben? durch zusaetzliche steuern sicher nicht. durch umschichtungen im budget muesste es moeglich sein, wenn man bedenkt, dass bei Neubauten auf der gruenen wiese investitionen fuer die infrastruktur - von neuen strassenbahnlinien bis zu schulen, versorgungsleitungen, strassen etc. gedeckt werden muessen.

wenn die oevp einen wohnhauserneuerungsfonds mit 50 millionen als anlauf beantragt hat, sollte damit eine initialzuendung in richtung althausanierung erfolgen, weil mit 50-millionen-zinsenzuschuesen ein vielfaches an kapital geweckt wird. schliesslich ist die althausanierung ein wichtiger teil zur arbeitsplatzsicherung, weil gerade bei derartigen arbeiten qualifizierte arbeitskraefte gewerblicher klein- und mittelbetriebe eingesetzt sind.

die althausanierung hat also folgende vorteile: sie braucht keine neuen grundflaechen, wirkt investitionssparend und weniger energie wird verschwendet, arbeitsplaetze werden gesichert - in jeder hinsicht als konjunkturstabilisierung zeitgemaess.

abschliessend kritisierte dr. macher die wohnungsvergabe: von den 5.100 wohnungsvergaben entfielen nur 700 an obdachlose, jedoch 1.869 an "sonstige". (smo) (forts)

gemeinderat (10):

wohnen-debatte (forts)

16 wien, 14.12. (rk) ein ueberdenken der in wien bestehenden praxis bei der rueckverguetung von baukostenzuschuessen fuer gemeindewohnungen forderte gr. p f l e g e r (spoe). er stellte den antrag zu pruefen, ob nicht analog der regierungsvorlage eines bundesgesetzes ueber die gemeinnuetzigkeit im wohnungswesen auch bei den wiener gemeindewohnungen so vorgegangen werden koennte.

gr. pflieger stellte im weiteren die bedeutung der grundkaeufer der gemeinde fuer die stadtentwicklung in den vordergrund. zur oevp-foerderung, grund und boden an private zu verkaufen, meinte pflieger, dass dies schon immer geschehen ist. so wurden im jahre 1977 575.900 quadratmeter grund an private verkauft, davon rund die haelfte fuer wirtschaftliche nutzungen.

bei der absiedlung von kleingaertnern wird nicht gekuendigt und delogiert, sondern verhandelt und werden ersatzgrundstuecke zur verfuegung gestellt. die widmungsgemaesse errichtung von kleingartenanlagen wird fortgesetzt. das problem der kleingartengebiete entstand dadurch, dass zu einer gewissen zeit nicht gebrauchtes baupland voruebergehend kleingaertnern zur verfuegung gestellt wurde. pflieger appellierte an die kleingaertner, zu verstehen, dass noch immer fuer einen grossen teil der bevoelkerung wohnungswuensche zu erfuellen sind und dass dafuer baugrund benoetigt wird. (sei) (forts)

der finanz- und investitionsplan bis 1982 lasse keinen spielraum fuer den Neubeginn von projekten. davon ausgenommen sei jedoch der wohnbau, der als fortsetzung eines bestehenden programms angesehen wird, erklarte gr. n e u n t e u f e l (oevp). der wohnbau sei vielmehr ein besonderer schwerpunkt der investitionstaetigkeit. die oevp trete nach wie vor fuer stadterneuerung vor stadterweiterung ein. im 5., 6., 7., 8., 14., 15., 16. und 17. bezirk koennten die gemeinnuetzigen sofort mit dem bau von 3.500 wohnungen beginnen. die oevp sei nicht gegen den kommunalen wohnbau, trete aber dafuer ein, die chancen gleich zu verteilen. durch viele kleine baustellen in mehreren bezirken wuerde auch ein beitrag zur vollbeschaeftigung geleistet. statt dessen seien die projekte neilreich, schoepferk,

mitterhof und aderklaa zu finanzieren, obwohl alle untersuchungen ergeben haetten, dass die wohnbautaetigkeit in die kerngebiete gelenkt werden muesste. wohl gebe es noch einen gewissen quantitativen wohnungsfehlbestand, aber die 270.000 substandardwohnungen seien eine wesentlich groessere belastung fuer die wiener wohnungsstruktur. baue man am stadtrand, muesse man uebermaessig viele mittel fuer die infrastruktur aufwenden.

gr. neunteufel forderte eine durchleuchtung verschieden alter wohnhaeuser, wodurch eine kostenubersicht fuer die erhaltung beziehungsweise instandsetzung erreicht werden koennte. es koennte aber auch festgestellt werden, welche haeuser abbruchreif seien.

(and) (forts)

1507

gemeinderat (11):

wohnen-debatte (forts)

17 wien, 14.12. (rk) er sei ueberrascht ueber die meinung, dass der kommunale wohnbau bevorzugt werde, erklaerte gr. deistler (spoe). 6.300 wohnungseinheiten werden 1978 gefoerdert, davon nur rund 2.000 gemeindewohnungen. von 1973 bis 1977 wurden 52.535 wohnungen gefoerdert, davon nur 20.513 gemeindewohnungen.

der grossteil der bevoelkerung gebe einer gemeindewohnung allerdings nach wie vor den vorzug. es sei die ueberlegung anzustellen, ob die gemeinde wien jenen anteil an foerderungsmitteln erhalte, der ihr aufgrund der bedeutung dieses ballungsraumes zustehe. in wien gebe es rund 781.000 wohnungen, davon stehen allerdings 69.000 leer, weil sie laengst abgewohnt und baufaellig sind. 62 prozent der wohnungen in wien seien privatwohnungen, nur 22 prozent kommunale wohnungen. im zusammenhang mit der forderung nach stadterneuerung muesste vor allem einmal ein appell an die privaten hauseigentuerer gerichtet werden. die auflockerung der haeuserdichte in stadterneuerungsgebieten, die schaffung groesserer wohnungen, erfordert auf der anderen seite auch den wohnbau in anderen stadtteilen. der begriff "stadterweiterung" sei in diesem zusammenhang nicht unproblematisch, da dabei keine ausdehnung der stadt erfolge. die gesetzlichen moeglichkeiten fuer die

stadterneuerung seien derzeit nicht ausreichend. stadterneuerung ohne einschraenkung privater eigentumsrechte sei unmoeglich. schon durch viele jahrzehnte hindurch sei im uebrigen auch stadterneuerung betrieben worden. die wohnbauvorhaben im kommenden jahr befinden sich keineswegs nur am stadtrand. auch in zukunft werde versucht werden, wohnungsverbesserung, ueberall wo dies moeglich ist, durchzufuehren. allerdings sei sie in manchen zinskasernen aus der gruenderzeit nicht anwendbar. diese haeuser lassen sich oft nicht mehr verbessern. mit hausbesitzern gebe es oft schwierigkeiten. im beirat fuer wohnungsverbesserung wurden 1975 5.700 faelle positiv begutachtet, 1976 12.900 und 1977 rund 7.700.

deistler kritisierte den haeufigen missbrauch des "paragraphen 7" in privaten haeusern. hier komme es oft zu exorbitanten erhoehungen der mieten.

im kommenden jahr sind 472 millionen s fuer die instandsetzung von gemeindewohnhaeusern vorgesehen. schon 850 aufzuege wurden bisher nachtraeglich eingebaut, 1978 sind weitere 130 vorgesehen. das umbauprogramm fuer die zentralwaschkuechen wurde 1977 abgeschlossen. schon 43 prozent der mieter zahlen die mieten bargeldlos. durch den einsatz der mobilen hausinspektoren konnte die zahl der beschwerden wesentlich reduziert werden. deistler regte an, die ueberlegung anzustellen, ob die zahl der "gemeinnuetzigen" nicht zu gross sei. ein "gesundschrumphen" koennte sich zugunsten sowohl der gemeinnuetzigen gesellschaften selbst als auch der wohnungssuchenden auswirken. es soll alles getan werden, um die bauzeiten zu verkuerzen. (ger)

(forts)

1530

gemeinderat (12):

wohnen-debatte (forts)

18 wien, 14.12. (rk) massive kritik an der wohnbaupolitik und an den sanierungsmassnahmen alter haeuser uebte gr. a r t h o l d (oevp) und erlaeuterte diesen vorwurf am beispiel des hauses am quellenplatz 4 in favoriten. der private hausherr habe fuer das sanierungsbeduerftige haus keine abbruchbewilligung bekommen, und die mieter haetten daraufhin angefangen, ihre wohnungen zu renovieren.

./.

nachdem das haus von der gemeinde wien gekauft worden war, hiess es bei der baupolizei, das haus werde saniert, beim wohnungsamt, es werde geschleift. da eine mieterin schliesslich wohnungsaufnahmeblaetter an die uebrigen parteien verteilte, stellte sich die frage, ob die mitglieder der spoe vorzeitig unterrichtet werden, was in ihren haeusern vorgehe. im oktober 1977 haben die bewohner des hauses von der staedtischen wohnhaeuserverwaltung einen brief mit dem inhalt erhalten, dass eine generalinstandsetzung des hauses nur in frage kaeme, wenn sich die mieter verpflichten, auf 20 jahre den 29fachen mietzins zu zahlen. dies sei - so arthold - ein beispiel, wie die gemeinde wien mit ihren mietern umgeht.

der historisierende rueckblick seiner vorredner auf das wohnbauwesen, wuerde an den tatsachen vorbeigehen. den diskussionsbeitrag von gr. karoline pluskal bezeichnete arthold als pflichtuebung. er bedauerte, dass pluskal als vertreterin einer partei, die sich als partei der zukunft bezeichnet, nur von der vergangenheit sprach. heute zu sagen, die vorfahren der oevp waeren die bauherren der grunderzeithaeuser, waehrend die spoe nur hochmoderne wohnungen errichte, sei eine verzerrung der tatsachen. das problem jener zeit sei nicht die bausubstanz der grunderzeitwohnungen, sondern die enorm hohe zuwanderungsrate gewesen. dass sich die bevoelkerung auch heute, wo die spoe die wohnpolitik der stadt wien betreibt, in ihren wohnungen nicht wohl fuehlt, zeigt die grosse umlandswanderung in die benachbarten bundeslaender. (ba)

auf die vorwuerfe von gr. arthold antwortete vizebuergermeister p f o c h (spoe) sofort: den unterschied zwischen den praktiken privater hausherren und der vorgangsweise der gemeinde wien erlaeuterte er am beispiel eines hauses in der donaufelder strasse, wo hundert mieter vor der delogierung standen. durch den kauf der liegenschaft und einem uebereinkommen mit den mietern auf eine paragraph-7-renovierung mit dem zehnfachen zins, konnten die mieter ihre wohnungen behalten, konnte die substanz des hauses gesichert werden.

zum haus quellenplatz stellte pfoch richtig: das haus wurde von privater seite um 2,5 millionen zum kauf angeboten, angesichts der tatsache, dass beim abbruch fuer die dreissig mieter ersatzwohnungen zur verfuegung gestellt werden muessten. der verkauf geschah in

der absicht, dass die gemeinde den mietern ihren schutz anbietet. bei mieterversammlungen wurden die mieter durch den bezirksvorsteher und durch pfoch selbst eingehend informiert, dass die instandsetzung des daches und die erhaltung der substanz - ohne wohnwertverbesserung - den 29fachen zins erfordern wuerde. ein neubau jedoch mit weit besseren wohnungen wuerde nur den 20fachen zins kosten. zwei drittel der mieter haben eingesehen, dass das vernuenftiger ist. mit der information und beratung der mieter hat die gemeinde viel mehr als je ein privater hausherr getan.

wie private vorgehen, konnte am beispiel von 170 mietern der jubilaeumshaeuser in ottakring gesehen werden, die von einem spekulanten auf die strasse gesetzt wurden. die gemeinde jedoch hat den 170 mietern neue wohnungen gegeben. das grundstueck hat dann die gesiba gekauft, um zu verhindern, dass ein anderer spekulant noch nutzen aus der hilfstellung der gemeinde zieht. auf der liegenschaft sind nun 170 neue wohnungen entstanden, die doppelt so gross sind wie die alten, und es gibt schwimmbaeder auf dem dach und saunas.
(smo) (forts)

1559

gemeinderat (13):

wohnendebatte (forts)

22 wien, 14.12. (rk) in den innerstaedtischen bezirken gibt es zu wenig gruenflaechen, erklaerte gr. dr. h a b l (oevp). er stellte den a n t r a g , einen gruenlandfonds einzurichten und ihn mit jaehrlich 40 millionen zu dotieren. mit diesen geldern koennten entsprechende gruenflaechen gekauft und als gruenflaechen ausgestaltet werden.

weiter stellte gr. habl den a n t r a g , die prekaristische vergabe von gruenflaechen, deren wert hoeher ist als die magistratskompetenz, im gemeinderatsausschuss wohnen zu behandeln. derzeit vergibt der magistrat allein.

die spoe ist eine neinsager-partei, erklaerte dr. habl abschliessend. sie lehnt die konstruktive mitarbeit der oevp ab und hat fuer alle abaenderungsantraege der oevp nur ein "nein" bereit. (sei)

die antraege, die die oevp seit 1973 eingebracht hat, wuerden kosten in der hoehe von 10 milliarden schilling erfordern, die oevp mache sich jedoch keine gedanken ueber die bedeckung, stellte gr. o u t o l n y (spoe) neuerlich fest. die oevp habe alles gegen ein wirksames stadterneuerungsgesetz unternommen. jetzt koenne natuerlich nicht so wirksam gearbeitet werden. die spoe sei fuer die oeffnung von hoefen in dichtverbauten gebieten eingetreten, aber hier habe die privatinitiative versagt, und die vorbereiteten geldmittel konnten nicht eingesetzt werden. private baugesellschaften haetten spekulative grundkaeufe vorgenommen und die preise damit in die hoehe getrieben. nun treten sie an die kommune heran, sie solle ihnen billige grundstuecke geben.

die wohnbaugesellschaft altmannsdorf-hetzendorf sollte ein 3000 quadratmeter grosses grundstueck im baurecht erhalten, die oevp sei dagegen. warum sollen wohnbauten dort umweltschaedigend sein? die oevp und die spoe haben unterschiedliche vorstellungen ueber die stadterneuerung. in einem assanierungsgebiet im 15. bezirk wurden innerhalb von vier jahren von privaten baugesellschaften 500 wohnungen errichtet, die gemeinde wien baute 1.500 wohnungen, "garagen unter gruen" mit 1.000 stellplaetzen, weiter fuenf arztordinationen, einrichtungen zur nahversorgung, ein haus der begegnung. das projekt "wohnen morgen" brauche keinen vergleich mit privaten Neubauten zu scheuen. in der 1. baustufe entstehen dort 300 wohnungen. ausgefuehrt wurde nach einem architektenwettbewerb das projekt des siegers. "was die oevp macht, ist miesmacherei", stellte outolny fest.

auch die kommunale gruenflaechenpolitik halte einen internationalen vergleich stand. die verfuegungsgewalt muss jedoch in dem ausmass beschraenkt werden, als dem allgemeinwohl vorrang einzuraeumen ist.

weiter erklarte outolny, seit 1971 gebe es ein kleingarten- und siedlungskonzept, seit 1975 eine koordinierungsstelle fuer kleingarten- und siedlungswesen. mit den interessensorganisationen gebe es gute zusammenarbeit.

1945 habe man noch den hunger der bevoelkerung stillen muessen, heute gebe es jedoch trotz unbedingt notwendigen absiedlungen immer noch um 230.000 quadratmeter kleingaerten mehr als vor sieben jahren.

ein neues kleingartengesetz ist in arbeit und wird in der ersten haelfte 1978 im landtag behandelt werden. in einer sozialen stadtgestaltung werden auch die kleingaertner ihren platz haben zur mitgestaltung des oeffentlichen gruens und zum ausbau des umweltschutzes.

(and) (forts)

gemeinderat (14)

wohnen-debatte (forts)

23 wien, 14.12. (rk) projekte von 11.000 wohnungen **gemeinnuetzi-**ger wohnbauvereinigungen liegen vor, nur 2.000 davon sind jedoch heuer an die reihe gekommen, kritisierte gr. h a h n (oevp). 8.000 wohnbauprojekte sind offen. laengere wartezeiten bewirken aber eine verteuerung, weil nur die wenigsten wohnbauvereinigungen in der lage sind, die lasten der grundstueckskosten aus eigenmitteln zu tragen. die startbedingungen sind fuer die "gemeinnuetzigen" viel schlechter als fuer die gemeinde wien. daraus entstehen dann belastungen von 40 schilling pro quadratmeter im monat.

die stadterneuerungsgesellschaft (seg) habe bereits zahlreiche grundstuecke gekauft. in der buergerspitalgasse im 6. bezirk werden 70 neubauwohnungen errichtet. alle mieter konnten im besten einvernehmen abgesiedelt werden. die wiener verkehrsbetriebe stellten jedoch fuer ein expedit eine forderung, die dreimal so hoch war wie der von sachverstaendigen dann festgestellte wert.

wenn im zusammenhang mit dem ankauf der jubilaeumshaeuser alles in ordnung sei, dann stelle sich die frage, warum der kontroll-
amtsbericht ueber diese angelegenheit nicht vorgelegt werde.

im suedlichen 15. bezirk gebe es positive anzeichen der stadt-
erneuerung, stellte gr. dr. m a y r (oevp) fest. kritisch anzumerken sei allerdings der verlust der betrieblichen substanz sowie die architektonische gestaltung. dr. mayr aeusserte die sorge, dass das projekt weiglasse vor allem aus finanziellen gruenden nicht so verwirklicht werden koenne, wie dies urspruenglich geplant gewesen sei. das, was dem demonstrativcharakter des projektes diene, koennte unter die raeder kommen. offensichtlich koenne ein solches projekt mit den angemessenen gesamtbaukosten nicht verwirklicht werden.

die stadterneuerung sei bisher verbal betont worden. bei der verwirklichung gehen die probleme jedoch derart in die tiefe, dass alle grundsaeetze der parteien mit dieser frage konfrontiert werden. die frage der stadterneuerung werde nicht nur zwischen oevp und spoe, sondern auch innerhalb der spoe diskutiert. die finanzverwaltung habe in einem bericht eine aenderung der wohnbaupolitik angekuendigt, die aber bisher nicht zum tragen gekommen sei - offensichtlich weil man

vor wahlen erfolgsmeldungen brauche. in dem bericht der finanzverwaltung werde der geringe nutzwert der traditionellen stadtrandsiedlung betont. dem werde der verdichtete flachbau als ideal gegenueberge- stellt. im budget 1978 seien jedoch wieder grosse wohnbloecke zu finden.

manche schwachen des stadterneuerungsgesetzes haetten durch ein planspiel vermieden werden koennen. im stadterneuerungsgesetz sind enteignungsmoeglichkeiten verankert. solange sich deren nichtfunktionieren nicht erwiesen habe, sollten keine neuen enteignungsmoeglichkeiten geschaffen werden. (ger) (forts)

1738

gemeinderat (15):

wohnen-debatte (schluss)

24 wien, 14.12. (rk) in seinem schlusswort legte vizebuergemeister p f o c h die wohnbaustrategie der spoe dar: die sozialisten werden sich gleichermaßen fuer die stadterneuerung und die stadterweiterung einsetzen. waehrend es bei der oevp heisst: "die foerderung der wohnraumbeschaffung ist dem gemeindewohnbau vorzuziehen", vertrete die spoe die politik des "sowohl als auch". seit 1973 sind 94.000 wohnungen neu errichtet beziehungsweise verbessert worden, davon sind 32.000 Neubauten auf genossenschaftlicher basis und 20.000 von der gemeinde wien errichtet worden. der budgetvoranschlag fuer 1978, der fuer die geschaeftsgruppe wohnen 6.167 millionen vorsieht, sei ein ausweis fuer die entsprechenden leistungen. damit soll die fortsetzung von begonnenen arbeiten, von neuen aktivitaeten und eine intensive serviceleistung sichergestellt werden.

im folgenden ging pfoch auf die diskussionsbeitraege seiner vorredner ein. dass sich der wohnbau durch die gesamte budgetdebatte gezogen habe, sei ein beweis, fuer die wichtigkeit dieser geschaeftsgruppe.

stadterneuerung sei nicht die erfindung der letzten jahre. bereits 1957 seien mit einem kostenaufwand von mehr als 500 millionen mehr als tausend wohnungen in erdberg, im sogenannten "fiaker-viertel" saniert worden.

die revitalisierung des spittelbergs und die aktion planquadrat findet zwar die allgemeine zustimmung, doch muesse man den finanzziel-

len aufwand zur tragweite dieser massnahmen in beziehung setzen. der spittelberg habe 100 millionen gekostet, im bereich planquadrat seien bereits 50 millionen schilling zum einsatz gekommen. zu ueberlegen sei ferner die wirtschaftlichkeit von Neubauten im stadtrandgebiet und im stadtkern. waehrend eine wohnung am stadtrand durchschnittlich 600.000 schilling kostet, komme im dichtverbauten stadtgebiet eine wohnung auf durchschnittlich 710.000 schilling.

was die qualitaet der gemeindebauten betraefe, so sei diese meist besser als bei den privat errichteten wohnbauten. seit 1969 sei auch ein umdenken in der architektonischen gestaltung der gemeindewohnungen eingetreten, was der gemeinde sogar von 'konstruktiv', dem organ der ingenieur- und architektenkammer bescheinigt wurde.

im anschluss an den wettbewerb 'wohnen morgen' habe der preis- traeger architekt holzbauer den auftrag erhalten sein projekt zu errichten. in wien als einziges bundesland kommt das projekt mit einer geringfuegigen korrektur im einverstaendnis mit dem architekten zur durchfuehrung. wenn dr. busek die errichtung von hochgaragen im 7. bezirk fordere, so stelle sich nur die frage nach den benoetigten flaechen. eine weitere richtigstellung beduerfe das wort 'wohnbau- leichen'. damit seien jene bauten gemeint, die zwar fertig bezieh- bar, aber nicht anbringbar sind, wie das vielfach in deutschland aber nicht in oesterreich vorkommen. (ba) (forts)

L o k a l :

=====

die wiener sind gastfreundlich

19 wien, 14.12. (rk) der ruf wiens, eine gastfreundliche stadt zu sein, hat sich wieder einmal in der praxis bestaetigt: rund 3.500 gaesten war es diesen herbst die muehe wert, dem fremdenverkehrsverband fuer wien ihren "besten gastfreund" zu nennen und damit in der "aktion gastfreundschaft" mitzuspielen. vizebuergermeisterin gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r konnte nun nach gruendlicher beratung einer fachjury die sieger dieser aktion bekanntgeben, die dem fremdenverkehrsbewusstsein der wiener ein erfreulich gutes zeugnis ausstellen.

als bester gastfreund der herbstsaison wurde der junge wiener physiker walter k a l l i n g e r aus wien-doebling ausgezeichnet. eingesendet wurde sein nahme von einem amerikanischen gast, den kallinger bei der staatsoper "aufgabelte", und dem er dann voellig spontan und uneigennuetzig mit seinem eigenen pkw wien zeigte. die jury fand vor allem die spontanitaet dieser begegnung einer auszeichnung wert.

auf dem zweiten platz in der wertung landete karl f i s c h e r ein pensionist aus dem 5. bezirk, der, als bote einer blumenhandlung taetig, die gastfreundschaft auslaendern gegenueber offensichtlich zu seinem hobby gemacht hat. obwohl die anzahl der nominierungen bei dieser aktion keine rolle spielte, wurden fuer fischer neun karten eingesendet oder abgegeben, von gaesten aus deutschland ebensow wie aus den usa oder ungar.

die fuehle an einsendungen machte es der jury schwer, fuer den dritten platz eine entscheidung zu treffen, daher wurden drei nominierungen ex aequo gewertet: eine junge verkaeuerin in einem textil-geschaeft in ottakring, von der ein amerikaner begeistert war, weil sie ihm nach langem aussuchen das gewuenschte bauernischtuch eigens aus der auslage holte. ein ober in einem kleinen restaurant in hernal, der nicht nur freundlichste und prompteste bedienung bot, sondern auch darauf ruecksicht nahm, dass der salzburger einsender nach einem zahnarztbesuch probleme beim beissen hatte, und der portier eines hotels am alsergrund, dem ein luebecker gast "unermuedlichen einsatz, weit ueber seine beruflichen pflichten hinaus" attestierte.

wie vizebuergermeisterin gertrude froehlich-sandner bekanntgab, wird die "aktion gastfreund" im naechsten jahr wiederholt werden.

(may)

L o k a l :

=====

verkehrsbeschränkung auf der nikolai-hochstrasse

20 wien, 14.12. (rk) auf der nikolai-hochstrasse im zuge der wientalstrasse, ueber die auf zwei fahrspuren der verkehr stadtauswaerts zur westautobahn rollt, musste heute naechst der braeuhausbruecke ueber den wienfluss ein ueberholverbot fuer lastautos eingefuegt werden. der grund fuer diese massnahme: vermutlich des nachts war, wie bautenstadtrat hans b o e c k bereits waehrend der heutigen gemeinderatssitzung erwaehnt hatte, von einem ueberhohen lastauto ein traeger der nikolai-hochstrasse beschaedigt worden.

dieses lastauto fuhr in richtung hietzing durch die bergmiller-gasse. nachdem es die 3,80 meter hohe bahnunterfuehrung passiert hatte, rammte es mit seinem aufbau in der 3,50 meter hohen durchfahrt unter der nikolai-hochstrasse einen aussentraeger der brueckenkonstruktion.

durch das ueberholverbot fuer lastautos wird verhindert, dass der beschaedigte linksseitige randtraeger zu starken belastungen ausgesetzt ist. da der austausch des traegers laengere zeit in anspruch nimmt, wird seitens der ma 29, bruecken- und wasserbau, bis zur voelligen wiederinstandsetzung ein abfangjoch errichtet. (we)
1605

k o m m u n a l :

=====

gemeinderat (16):

debatte "inneres und buergerservice"

25 wien, 14.12. (rk) als erster redner zum budgetkapitel "inneres und buergerservice" erklarte gr. dipl.-kfm. b a u e r (fpoe), dass die wirklichkeit im krassen gegensatz zu den ankuendigungen im sicherheitsplan des buergermeisters von 1975 steht: es hiess, dass der "herr inspektor" zu fuss nachts wieder seine runden macht, und zwar zu zweit. tatsaechlich bleiben nach dem personalstand 1976 von 5.380 wiener sicherheitswachebeamten nach abzug der fuer andere dienste eingesetzten 2.400 uebrig. nach dem derzeitigen sogenannten sechser-dienst-radl bleiben demnach nur 200 nachts fuer alle 23 bezirke, so dass nach abzug noch jener beamten, die unbedingt im wachzimmer sein muessen, null rayonsposten uebrig sind. freilich ist das nur ein rechnerischer durchschnittswert. tatsaechlich gibt es in manchen naechten keine fusspatrouillen, in anderen naechten werden sicher zwei unterwegs sein - fuer bezirke wie liesing oder donaustadt ein witz.

eine weitere ankuendigung des buergermeisters, dass in staedti-schen bauten zwei wachzimmer fertiggestellt wurden und fuenf weitere im bau sind sowie ueberdies in den u-bahn-stationen wachzimmer eingerichtet sein werden, hat nur einen haken: diese wachzimmer werden nicht besetzt werden koennen, wegen des herrschenden personalmangels. innenminister lanc hat erst kuerzlich bei einer anfragebeantwortung erklart, dass pro wachzimmer zwei wachebeamte notwendig sind, aber gleichzeitig hat er mitgeteilt, dass seit dem sommer in der leopoldstadt nachts die wachzimmer zu zwei drittel der zeit mit nur einem beamten besetzt werden konnten. in manchen naechten mussten wachzimmer sogar ganz zugesperrt werden.

laut statistik sind die strafbaren handlungen in wien von insgesamt 93.485 im jahre 1975 auf 94.975 im jahre 1976 angestiegen. die aufklaerungsquote - nur gesamt-oesterreichisch bekannt - ist hingegen von 40,2 prozent im jahre 1974 auf 29 prozent im jahre 1976 gesunken.

es ist ein schwacher trost fuer die wiener, wenn erklart wird, dass es woanders schlechter ist. man sollte das gefuehl der unsicher-

heit nicht nur als subjektive empfindung hinstellen, keine beschwichtigungsversuche machen und sonntagsreden halten, sondern in aller ruhe, konsequente schritte unternehmen.

einzuschraenken sind hingegen die ausgaben fuer propaganda, deren budget von 80,2 auf 83 millionen angehoben wurde. da sind noch nicht jene ausgaben fuer propaganda dabei, die nicht ueber den pid laeuft. insgesamt werden - stadtwerke und andere betriebe dazugerechnet - rund 100 millionen ausgegeben. das ist unverantwortlich angesichts der angespannten budgetsituation, und vor allem angesichts von rund 19 millionen fuer den umweltschutz.

gr. bauer brachte den a n t r a g ein, die informationsausgaben entsprechend zu kuerzen. in einem weiteren a n t r a g wird die umbenennung der bezeichnung "geschaefte der bezirksvorsteher" in "geschaefte der bezirksvertretungen" verlangt, um der aufwertung der bezirksvertretungen gerecht zu werden. (smo) (forts)

1846

gemeinderat (17):

debatte "inneres und buergerservice" (forts)

26 wien, 14.12. (rk) mit fragen der agrarpolitik setzte sich gr. jedletzberger (oevp) auseinander. trotz oft widerstrebender interessen gab es zwischen der wiener landwirtschaftskammer und der stadt eine gedeihliche zusammenarbeit. in zwei fragen kam es jedoch zu keiner loesung. noch immer fehlen in wien gesetzliche vorschriften ueber ein landwirtschaftliches berufsschulwesen, die formale voraussetzung fuer eine vielleicht spaeter zu errichtende land- und forstwirtschaftliche berufsschule waeren. ebenso fehlen in wien rechtliche moeglichkeiten fuer grundstueckszusammenlegungen. diese waeren oeffter dringend notwendig, wenn zum beispiel strassenbauten landwirtschaftliche gebiete zersplittern.

das agraraussenhandelsdefizit stieg in letzter zeit enorm, allein von 1976 auf 1977 von 11 milliarden auf wahrscheinlich 14 bis 15 milliarden. ursache ist die importpolitik der letzten jahre. dies bekommt auch der landwirtschaftsbetrieb der stadt wien zu spueren, dessen abgang im jahre 1978 wahrscheinlich ueber sechs millionen betragen wird. jedletzberger trat fuer einen schutz der heimischen produktion ein. (sei) (forts)

1850

k o m m u n a l :

=====

gemeinderat (18):

debatte "inneres und buergerservice" (forts)

27 wien, 14.12. (rk) gr. gertrude s t i e h l (spoe) stellte fest, dass umweltschutz neben dem katastrophenschutz von der wiener bevoelkerung vorrangig bewertet wuerden. die stadt habe mit einem umweltbericht, einem luftbericht, einem laermbericht, arbeiten an einer luftreinhaltenovelle, einer baumschutznovelle und anderem gezeigt, dass die wuensche der bevoelkerung beachtung gefunden haben.

in diesem zusammenhang kam stiehl auf das thema "fluglaerm" zu sprechen, der, bedingt durch die neue flugpiste am flughafen schwechat, bereits gegenstand politischer diskussionen gewesen sei, bei denen die oevp mehrmals ihre meinung geaendert habe. nun habe sich aber gezeigt, dass die befuerchtungen der bevoelkerung unbegrundet waren, dass sogar der fluglaerm geringer als der autolaerm sei. belastungen durch die nachfluege werden derzeit geprueft. die begleitmassnahmen beim bau der neuen piste (schallschutzwaelder, besondere landesverfahren) setzten jedoch den laerm stark herab.

umweltpolitik muesse staerker als andere bereiche von der bereitschaft der menschen getragen werden, selbst aktiv mitzuwirken, fuehrte stiehl weiter aus.

die rednerin berichtete dann ueber den grossversuch zur abfalltrennung in der per-albin-hansson-siedlung ost. es soll festgestellt werden, ob die buerger bereit sind, sich dieser muehe zu unterziehen. das waere ein schritt von der wegwerfgesellschaft zu einer umweltbewussten gesellschaft.

buergerinformation und buergerservice sollten mithelfen, die wiener noch mehr zu aktivieren. die novellierung der stadtverfassung wird eine mitwirkung der buerger auf bezirksebene bringen. dazu waere aber information nicht nur ein recht, sondern eine grundlegende voraussetzung, betonte stiehl.

die wiener wollten jedoch nicht nur in einer gesunden, sondern auch in einer sicheren stadt leben. dem trage das katastrophenhilfegesetz rechnung, das dafuer Sorge, dass im notfall kein chaos ausbreche. im zusammenhang damit seien auch die vorhaben der feuerwehr zu verstehen (ausweichnachtszentrale im keller der feuerwehrdirektion, neubau der feuerwache landstrasse, bau einer halle fuer wechselladefahrzeuge in liesing, anschaffung von fahrzeugen und geraeten und so weiter). (and) (forts)

gemeinderat (19):

debatte "inneres und buergerservice" (forts)

28 wien, 14.12. (rk) nachtflugverbote werden in mehreren staedten europas, so in zuerich, erfolgreich parktiziert, erklarte gr. dipl. ing. ddr. s t r u n z (oevp). besonders aeltere menschen seien in hohem masse empfindlich gegen laerm.

die oevp habe im laufe dieser funktionsperiode des gemeinde-rates in zusammenhang mit dem umweltschutz 50 antraege eingebracht, 26 davon koennen als positiv beantwortet bezeichnet werden. fuer den umweltschutz seien im kommenden jahr zu geringe mittel vorgesehen, waehrend das informationsbudget kraeftig aufgefettet werde. die gesundheit der menschen sei jedoch wichtiger. so koennten im naechsten jahr nur routinemessungen der luft durchgefuehrt werden. besonders in durch den verkehr belasteten strassen waeren solche messungen aber von groesster bedeutung. messungen im zusammenhang mit der verbrennung von erdgas seien vorgenommen worden. strunz urgierte die vorlage der untersuchungsergebnisse, die von stadtrat nekula versprochen worden sei.

die von der oevp beantragte umweltkarte fuer wien werde 1978 sicher kommen. auch die notwendigkeit der von der oevp schon 1974 geforderten badewasser-untersuchungen werde nunmehr anerkannt. auch habe die stadtverwaltung schliesslich die spielkastensande ausgetauscht, nachdem die oevp auf die darin enthaltenen keime hingewiesen hatte. fuer die kleinparks seien nur unzu-laengliche massnahmen vorgenommen worden. notwendig sei eine durchgruenung der inneren bezirke. die wasserguete vieler gewaesser in wien nehme staendig ab. zu bestimmten jahreszeiten verschlechtern sich die wasserstaende der altarme der donau und der uebrigen stehenden gewaesser. man koenne es sich nicht leisten, zuzusehen, wie langsam gewaesser austrocknen, die fuer die freizeit der menschen von grosser bedeutung sind. strunz brachte in diesem zusammenhang einen a n t r a g ein, einen bewertungskatalog fuer wiens gewaesser zu erarbeiten, in dem die verschiedenen nutzungen dieser gewaesser ihrer guete nach quantifiziert werden. (ger)

./.

als "einsames schlusslicht" in der aufklaerungsquote von verbrechen in oesterreich bezeichnet gr. k o e c h l (oevp) die bundeshauptstadt wien. bankueberfaelle, einbrueche und seit neuester zeit auch entfuehrungen gehoeren zur tagesordnung. aus dem sicherheitsbericht der bundesregierung von 1977 gehe hervor, dass in wien nur 88,2 prozent der vergehen gegen leib und leben aufgeklaert werden. am groessten sei die dunkelziffer bei sittlichkeitsdelikten, und bei vergehen gegen fremdes eigentum werde nur jedes fuenfte delikt aufgeklaert.

die sicherheit in wien sei ramponiert: trotzdem wuerden an werktagen durchschnittlich nur 169 sicherheitswachebeamte bei tag und 39 bei nacht ihren streifendienst versehen. an den sonntagen seien es bei tag nur 45 und bei nach ebenfalls nur 39. in wien fehlen 700 sicherheitswachebeamte, - polizeikadetten koennen nur fuer die schulwegsicherung eingesetzt werden. kriminalbeamte werden teilweise nicht zur aufklaerung von verbrechen eingesetzt, sondern sind mit verwaltungsarbeiten blockiert. die sicherheit in wien sei nicht nur bundessache, auch die stadtverwaltung muesse dazu beitragen. die oevp foerderte den ausbau der fusspatrouillen, mehr personal im dienstpostenplan und die popularisierung der notrufnummern durch beschriftung an den einsatzfahrzeugen.

buergerinitiativen seien notwendige ausdrucksformen der demokratie. sie duerfen aber nicht ferngesteuerte instrumente der auslaendischen terrorszene werden. wichtig sei auch, die jugend durch richtige fuehrung vom naehrboden der terrorsympatisanten fernzuhalten.

in wien seien nur unzureichende vorsorgemassnahmen fuer eine moegliche katastrophe getroffen. als einziges bundesland stehe die schutzraumpflicht in wien nicht auf gesetzlicher basis. fuer das angekuendigte katastrophenschutzgesetz sind im budget 1978 keine mittel vorgesehen, ferner gehoeren auch die mittel fuer rettungs- und hilfsaktionen angehoben. (ba) (forts)

gemeinderat (2):

debatte "inneres und buergerservice" (forts)

29 wien, 14.12. (rk) auf die ausserordentlichen leistungen des stadtforstamtes wies gr. s a l l a b e r g e r (spoe) hin: es ist wenig bekannt, dass die stadt wien forstflaechen betreut, die etwa genau so gross sind wie die stadt selbst. im staedtischen forstgebiet befinden sich nicht weniger als 300 kilometer strassen, 300 kilometer wanderwege und 300 hektar lagerwiesen. zaehlt man die forstgebiete um rax und schneeberg dazu, dann betreut die stadt wien den gesamten naherholungsbereich der niederoesterreicher und burgenlaender. vor grosse probleme hat die windwurfkatastrophe das stadtforstamt gestellt: nicht 100.000 festmeter wie urspruenglich angenommen, sondern fast 300.000 mussten aufgearbeitet werden. haette man das nicht getan, sondern der natur ueberlassen, waere auf lange sicht die gefahr der verkarstung und damit die gefaehrdung der trinkwasserversorgung eingetreten. voellig neue methoden mussten angewandt werden, ein unglaublicher arbeitseinsatz, oft rund um die uhr, war erforderlich. so mussten etwa 1.000 festmeter mit dem hubschrauber aus gebieten ausgeflogen werden, in denen keine strassen angelegt werden koennen. die aufgearbeiteten 280.000 festmeter stellen die ladung fuer 7.700 lkw-zuege dar, die aneinandergereiht von wien bis bruck an der mur reichen. das aneinandergereihte blockholz ergaebe die strecke wien-johannesburg. dass noch niemand auf die idee gekommen ist, die stadtforste zu reprivatisieren ist trotz jaehrlichen einkommen von 100 millionen eigentlich nicht verwunderlich: muessen sie doch unsummen aufwenden - zur aufforstung, zur sicherung des trinkwassers.

zu fragen der sicherheit: man hat das gefuehl, dass manche politiker die angst schueren wollen. der oevp ist mit ihren jetzigen vorschlaegen nichts neues eingefallen. alles ist im programm enthalten, das 1975 nach der enquete mit polizeipraesidenten reidinger ausgearbeitet wurde. es ist natuerlich allen klar, dass es nicht leicht ist, zusaetzliches personal zu bekommen. es ist auch klar, dass mehr eigentumsdelikte geschehen, wenn auf den strassen viele tausende autos mehr, zum teil oft unversperrt stehen, und solche delikte sind auch schwer aufzuklaeren. man sollte aber alles daran setzen, dass

das mitunter vorhandene gefuehl der unsicherheit nicht zusaetzlich geschuert wird, wie es in bestimmten oevp-veranstaltungen geschieht, waehrend im parlament von derselben partei der aufstockung der sicherheitswache nicht zugestimmt wird. es ist jedoch gelungen, seit 1975 1.000 polizeischueler zu bekommen. die kadetten koennen die rayonsposten auf anderen gebieten entlasten. symptomatisch und bedenklich erscheinen im zusammenhang mit den entfuehrungen vermutungen und andeutungen in zeitung, hinweise, dass die zusammenarbeit zwischen privaten und verbrechern besser ist, als die zusammenarbeit des einzelnen mit der polizei. man sollte schliesslich anerkennen, dass die polizei gerade in letzter zeit erfolgreich bei der aufklaerung von bankueberfaellen und der festnahme von diebs- und rauschgiftbanden war. man sollte anerkennen, dass die sicherheit bei uns noch immer weitaus besser als in anderen weltstaedten ist. (smo)

(forts)

2037

gemeinderat (21):

debatte "inneres und buergerservice" (forts)

30 wien, 14.12. (rk) eine stadtverwaltung hat sich nicht zu vermarkten, sondern zu bewahren und gegenueber dem buerger zu verantworten, erklarte gr. dr. maria schaumayer (oevp). seit dem jahre 1973 wurden fuer public relations einschliesslich der personalkosten fast eine halbe milliardo schilling an steuergeldern aufgewendet. das ist unvertretbar. schaumayer kritisierte, dass die ausgaben fuer public relations auf alle geschaeftsgruppen verteilt sind und dass weder die budgetierung noch die kontrolle der produktion fuer den gemeinderat moeglich ist. der informationswert des letzten postwurfes war wahrlich traurig, denn es kam zu drei vermeidbaren fehlern. wir lehnen es ab, amtliche fehlinformationen mit steuergeldern zu finanzieren, erklarte dr. schaumayer.

bei den publizistischen eigenproduktionen ist ein punkt erreicht, wo man nicht nur sparen koennte, sondern muesste. die oevp fordert daher die verringerung der ausgaben fuer das informationswesen um 33 millionen auf 18 millionen. beim grossangekuendigten

./.

buergerservice ist bis heute nicht viel geschehen. hier sollten die ausgaben von 18 auf 13 millionen gekuerzt werden. fuer die pressefoerderung steht auch 1978 nichts zur verfuegung.

schaumayer ging weiter auf einige berichtigungen des budgets 1978 ein. durch diese umschichtungen sind die ansaetze nicht realistisch geworden. so verringerten sich die ausgaben fuer empfaenge von 14 auf acht millionen. hier wird gespart, soll der buerger glauben. schon in diesem jahr waren 14 millionen nicht ausreichend und 1978 ist ein wahljahr, in dem noch nie gespart wurde. es kommt zu vielen eroeffnungen, bei denen ebenfalls noch nie gespart wurde und daher entspricht dieser ansatz nicht dem grundsatz der budgetwahrheit. an gruenden, das budget abzulehnen, fehlt es nicht. so wurden die mittel nach ermessen des buergermeisters von 5 millionen auf 500.000 gekuerzt, dafuer eine neue rubrik sofortmassnahmen mit 10,5 millionen eroeffnet. wer ist ueber diese mittel verfuegungsberechtigt? wenn es der buergermeister ist, dann haette man sich die namensfindung sparen koennen. wenn es der zustaeendige gemeinderatsausschuss ist, dann kann man auf die handhabung gespannt sein: es gibt naemlich eine gegenlaeufige tendenz zwischen sofortmassnahme und beschluss durch einen gemeinderatsausschuss. schaumayer kritisierte weiter, dass die mittel fuer die reichsbruecke auf der rubrik stadtbaudirektion aufscheinen und nicht etwa bei der ma 29 oder ma 38 als etwaige bauausfuehrende stelle. dies verstoesst gegen die budgetsystematik. (sei) (forts)

2057

gemeinderat (22):

debatte "inneres und buergerservice" (schluss)

31 wien, 14.12. (rk) stadtrat s c h i e d e r nahm in seinen ausfuehrungen zu den aussagen der debattenredner stellung. er sagte unter anderem, unter dem deckmantel "biologisch" werde vielfach schindluder getrieben. im landwirtschaftsbetrieb der stadt wien werde jedoch keine extreme politik betrieben. es wuerden hier teilbiologische versuche durchgefuehrt, bei denen moeglichst wenig chemie eingesetzt werde. die erkenntnisse aus den versuchsreihen wuerden den wiener landwirten zur verfuegung gestellt.

ueber die sandkaesten werde derzeit ein gutachten ausgearbeitet, ueber dessen ergebnisse im ausschuss berichtet werde.

zur verfuegungsberechtigung ueber das budget des koordinationsbueros gelte die bestimmung, dass bis 200.000 s die magistratsdirektion, darueber der zustaeendige gemeinderatsausschuss zustaeendig sei.

dass der budgetansatz fuer die reichsbruecke unter "stadtbau-direktion" zu finden ist, erkluert sich daraus, dass sie eine bundesbruecke ist.

das buergerservice, fuehrte schieder weiter aus, bringe ein echtes service fuer die bevoelkerung. unter anderem sei die stadtinformation erweitert worden, es werde eine sicherheitsbroschuere geben, und die buergerservice-inserate in den zeitungem braechten echte information.

zu den fehlern in der postwurfsendung bemerkte der stadtrat, ein fehler waere vermeidbar, ein zweiter nicht vermeidbar gewesen.

der buerger muesse staerker am politischen leben teilnehmen. daher muesse er auch umfassend informiert werden. die informationspolitik sei daher im interesse der buerger.

schieder richtete sodann an den gemeinderat das ersuchen, ihn zu unterstuetzen, die gruenflaechen und parkanlagen zu erhalten. dabei wies er darauf hin, dass von einer ernstzunehmenden persoenlichkeit die verbauung des schweizer gartens verlangt werde, das solle nicht wirklichkeit werden.

gemeinsam muesse man gegen gewalt und terror vorgehen. initiativen dazu habe es bereits gegeben. buergermeister gratz hat sich sehr entschieden gegen den terror ausgesprochen. der sicherheitsplan sei bereits in vielen punkten verwirklicht. zu mehr sicherheit gehoere es aber auch, dass es kein klima gibt, in dem jemand glaubt, aus der not politisches kapital schlagen zu koennen.

die verhandlungen werden um 20.10 uhr unterbrochen. die sitzung des gemeinderates wird donnerstag im anschluss an die sitzung des landtages mit dem budgetkapital "verkehr und energie" (u-bahn) fortgesetzt. (and) (schluss)

(ende des sitzungsberichtes)